Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.96 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 192. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 19. August 1931. | 13. Jahrgang.

Kannst du dem, der vor dir geht, seine Mängel bald erblicken,
Wird dir auch die deinen sehn, wer dir nachsieht auf den Rücken.
Logau.

Der Kampf um ein Grundwertsteuergesetz in England.

Die deutschen Tageszeitungen, die gegen Ende April d. J. die Tatsache der Vorlegung des Staatshaushaltsplans für das Etatsjahr 1931/32 im englischen Unterhaus bekanntgaben, brachten gleichzeitig auch einen Auszug aus der Rede des vortragenden Schatzkanzlers Philipp Snowden. Dieser hatte ausgeführt, daß die Regierung nicht beabsichtige, den vorhandenen Fehlbetrag in Höhe von 37 366 000 Pfund Sterling durch Finanzzölle zu decken, wie es von konservativer Seite vorgeschlagen worden sei, sondern daß sie hierfür einstweilen andere Mittel zur Verfügung stelle.

Gleichzeitig aber sei es die Absicht der Regierung, eine gründliche Wiederherstellung der gefährdeten Finanzlage des britischen Reiches in Angriff zu nehmen, und als ersten Schritt in dieser Richtung bringe er die Vorlage zu einem Gesetzentwurfe ein, der darauf hinausgehe, vom Jahre 1933/34 ab eine Steuer auf den Wert des gesamten Grundbesitzes in Höhe von 1 Penny auf das Pfund Sterling gleich ca. 4 für das Tausend des ermittelten Wertes dieses Grundbesitzes zu erheben. Ebenso beantrage er die Bewilligung der nötigen Mittel in Höhe von 1 bis 1½ Millionen Pfund Sterling, verteilt auf drei Jahre, um mit der Abschätzung des Landwertes sofort beginnen zu können.

Diese als „Grundwertsteuer" bezeichnete neue Steuer deckt sich ihrem Sinn und Wesen nach vollkommen mit dem im Artikel 155, Absatz 3, der Reichsverfassung ausgesprochenen Gedanken, worin es heißt: „Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen", und entspricht ferner genau den Steuervorschlägen, die seit Jahren in den Schriften und Darlegungen der Deutschen Bodenreform unter der Bezeichnung „Grundwert- oder Grundrenten- und Wertzuwachssteuer" erhoben werden.

Inzwischen sind die parlamentarischen Berichte der Verhandlungen im Unterhause veröffentlicht worden. Aus ihnen geht hervor, daß die englische Regierung mit Zuversicht darauf rechnet, den Entwurf zu diesem Finanzgesetz trotz des zu erwartenden Widerstandes des Großgrundbesitzes zur Annahme zu bringen, weil durch das Eintreten der liberalen Partei unter Führung von Lloyd George für das Vorgehen der Arbeiterregierung die Mehrheit des Hauses gesichert erschien und zweitens, weil der Schatzkanzler die Vorlage nicht als besonderes Gesetz, sondern als eine in den Finanzetat eingearbeitete Abteilung eingebracht hatte, in der Voraussicht, daß nach gültigem Recht der Einspruch des Hauses der Lords ausgeschaltet blieb, wenn der Finanzetat als solcher die Zustimmung des „Hauses der Gemeinen" gefunden hatte.

Der Gesetzentwurf durchlief das Unterhaus in erster Lesung am 5. Mai, in zweiter am 19. Mai mit je einer Mehrheit von 40 Stimmen. Am 3. Juli wurde er in dritter Lesung mit der verhältnismäßig großen Mehrheit von 52 Stimmen verabschiedet und zum Gesetz erhoben.

Den Abschluß der Verhandlungen bildete eine Rede des Schatzkanzlers, deren Bedeutung auch für unsere deutschen Verhältnisse für sich selbst spricht, und deren Wortlaut in abgekürzter Form in Nachstehendem enthalten ist:

Mr. Philipp Snowden sagte: „Herr Neville Chamberlain lenkte in seinen Schlußbemerkungen die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Tatsache, daß das heutige Sitzungsprogramm etwa 200 Namen enthalte, die einen Antrag auf Zurückweisung des Gesetzentwurfes unterzeichnet hätten, und daß dies ein Merkmal der Ansichten darstelle, die die Gegenpartei dem Entwurf entgegenbringe. Es war dies für mich keine Ueberraschung. Ich hätte gegen die Rechtsgültigkeit und Wirksamkeit unserer Vorschläge ein starkes Mißtrauen empfunden, wenn sie die Unterstützung einer Partei gefunden hätten, deren ganzes Streben nur darauf gerichtet ist, die eigenen, von ihr vertretenen Interessen unangetastet zu wissen. Ich kann versichern, daß, wenn der Tag kommt, an dem das Land über unsere, das Bodenmonopol bekämpfenden Vorschläge sein Urteil fällt, wir einem solchen Tage nicht ausweichen werden.

Die das Bodenrecht betreffenden Bestimmungen dieses Entwurfes haben in einigen Punkten eine gegen ihre ursprüngliche Fassung abweichende Gestalt erhalten. Ich habe nie erwartet, den Entwurf ohne gewisse Zugeständnisse durchbringen zu können, war aber andererseits entschlossen, die Grundgedanken des Entwurfes unverändert bestehen zu lassen. Der Entwurf verkörpert daher auch tatsächlich alle diese Grundsätze. Er hält den Gedanken einer auf den gesamten Grundbesitz gelegten Steuer und ferner in aller Unbeschränktheit den Grundgedanken aufrecht, der in einer Abschätzung des Bodenwertes liegt, dazu bestimmt, eine unverfälschte Wertfestsetzung allen Grundbesitzes zu erhalten, soweit er der Besteuerung unterliegt. Eine Maßnahme so umfassender und verwickelter Art, wie die hier vorliegende, muß Unvollkommenheiten aufweisen. Jedes derartige Unternehmen kann nicht anders, als in einzelnen Fällen scheinbar ungerechten Forderungen Raum zu geben. Was wir dagegen tun können, ist allein, das Vollkommenste und Beste zu erstreben suchen und danach zu trachten, Härten und Ungerechtigkeiten auf ihr geringstes Maß zu beschränken.

Wir haben als Ungerechtigkeit behaupten hören, daß auf den Wert von Grundstücken eine Steuer gelegt wird, den der Eigentümer des betreffenden Landes bereits bezahlt hat. Das Unterhaus muß sich aber gegenwärtig halten, daß eine solche Steuer nur den Zukunftswert erfaßt, daß für die Zukunft also die so behauptete Ungerechtigkeit ausgeschaltet bleibt. Zudem ist wiederholt hervorgehoben, daß die Wirkung der vorgeschlagenen Steuer vornehmlich darin besteht, den Kapitalwert des Grund und Bodens sinken zu lassen. Denn, sobald die Steuer in Wirksamkeit getreten ist, richtet sich das Bestreben der Grundeigentümer dahin, Land zu verkaufen. Grund und Boden wird reichlich auf dem Markt erscheinen, so daß der einsetzende Wettbewerb der Verkäufer zur Folge haben muß, den Kapitalwert oder Verkaufspreis des Landes zu vermindern.

Ferner ist von einer doppelten Besteuerung gesprochen worden. Wenn die Grundwertsteuer überhaupt Einkünfte erschließt, so wird dies Einkommen dazu verwandt werden, anderweitige Steuern abzutragen. In dem Maße wie Steuern auf Grund unserer Vorschläge eingehen, werden andere Steuern gemindert werden können.

Ich hoffe daß demnächst mutigere Parlamente in nachdrücklicherer Weise das vorliegende Problem in Angriff nehmen werden, als dies gegenwärtig der Fall ist. Denn unter allen Lasten, die das Wirtschaftsleben des Volkes bedrücken, ist das Bodenmonopol das bei weitem am schwersten zu tragende. Es legt auf den Fleiß und den Unternehmungsgeist eine Steuer von jährlich Hunderten von Millionen Pfund Sterling. Demgegenüber wirkt sich eine Grundwertsteuer dahin aus, daß sie das Wirtschaftsleben von allen Lasten befreit und zu neuem Leben anspornt. Die Grundsätze des Gesetzesentwurfes lassen sich dahin zusammenfassen, daß der Allgemeinheit ihr Recht am Grund und Boden ein für allemal gesichert wird. Ich habe diese Tatsache nie in Zweifel gestellt, auch nicht, daß dieses Recht darin seinen Ausdruck findet, daß der Inhaber oder vielmehr der Eigentümer des Landes der Allgemeinheit für dessen Nutzung eine Rente zahlt. Wie ich aber schon sagte kann dies nur der erste Schritt zu einer völligen Umgestaltung unseres gegenwärtigen Bodenrechtes sein. Dieses Recht hat nämlich die Wirkung, daß eine jährliche Last von Hunderten von Millionen Pfund Sterling auf unser Wirtschaftsleben drückt und die Bevölkerung zwingt, sich in verpesteten Spelunken zusammenzudrängen und jährlich zu Hunderten und Tausenden vom Lande in die Städte abzuwandern und dort mit den städtischen Arbeitern in Wettbewerb zu treten, die Löhne zu drücken und die Arbeitslosigkeit zu mehren.

Die Partei, in deren Namen ich hier spreche, hat die Frage nach einer Reform unseres Bodenrechtes in den Vordergrund ihrer Bestrebungen gestellt. Wenn ich es persönlich auch wohl nicht mehr erleben mag, daß dem Schritte, den wir heute unternehmen, weiter folgen werden, so unterbreite ich doch dem Hause der Gemeinen diesen Entwurf auf alle Fälle mit dem Gefühl innerer Befriedigung, indem ich die Ueberzeugung hege, daß wir den Anfang zu einer weitreichenden umfassenden Reform gemacht haben, die dem Volke eines Tages sein Recht auf einen freien Boden wiedergeben und ein für allemal die Tyrannei vernichten wird, unter deren Herrschaft unser Volk eine so lange Zeit hindurch gelitten hat."

Die darauf erfolgte Abstimmung des Hauses ergab für den Entwurf 274, dagegen 222 Stimmen.

Die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses im Hause wurde mit lauten Hochrufen begrüßt, die sich wiederholten, als der Schatzkanzler den Raum verließ.

Oldekop, Vizeadmiral z. D.

Ursache und Wirkung.

Man stößt ohne weiteres auf diesen Kausalnexus, wenn man seine Gedanken einmal auf die trostlose Lage unseres deutschen Vaterlandes konzentriert. Wie ist es möglich, daß ein Volk, das kulturell und wirtschaftlich so hoch entwickelt ist, das die größten Geister sein eigen nennt, so nahe dem Abgrund gebracht werden konnte? — Wer hat sich wohl nicht schon ernstlich mit dieser Frage befaßt? — Der Recke aus dem Sachsenwald ist wahrlich mit seiner Voraussage zu Recht gekommen: daß die falsche Politik, die Wilhelm II. und seine „Ratgeber" betrieben, Deutschland zertrümmern würde. Und leider ist es soweit gekommen. Gewiß gab und gibt es bei allen Völkern Aufstieg und Niedergang. Das ist Naturgesetz. Wie sagt doch Shakespeare: „Wie wenig gegen Menschen Not vermag Gesetz und königlich Gebot!" Aber trotz allem müssen wir uns doch einmal klar darüber werden, daß — es muß ausgesprochen werden, um der Wahrheit willen — wir Deutsche viel dazu beigetragen haben, daß unser Volk am Boden liegt. Wir waren zu vertrauensselig, das ist unsere Schuld. Wir wollten es nicht sehen und nicht wissen, was hinter unserem Rücken von seiten der Entente für teuflische Pläne geschmiedet wurden. Unsere Auslandsvertreter in Paris und Petersburg erkannten nicht die Gefährlichkeit der Machenschaften, die dort von einer gewissen Clique getrieben wurden. Sie standen blind dem dortigen Intrigantenwesen gegenüber. Ob auch wehrlos? ist eine andere Frage. Mit einem Wort: Unsere Diplomatie hat auf der ganzen Front versagt. Heute nun erst, nach Oeffnung der russischen Geheimakten kommt ein Teil der Wahrheit an das Tageslicht, heute erfährt man erst, wie Deutschland nach und nach eingekreist wurde. Die Kriegsstimmung des französischen Volkes wurde durch russische Gelder, die reichlich in die Taschen der französischen Presse-Könige flossen, künstlich entfacht. Geheimbündnisse mit fast allen Staaten der Welt wurden geschlossen, mit dem Ziele, Deutschland zu zermalmen. Viviani, Herriot, Deschanal, Northcliffe, Iswolsk und nicht zu vergessen, Exkönigin Eugenie von Frankreich usw., alle halfen, den Machthunger Frankreichs zu befriedigen und Deutschland dem Untergange nahezubringen. Wahrlich, eine „auserlesene" Gesellschaft, die sich hier zusammenfand, um ihrem Vernichtungswillen die Tat folgen zu lassen. Von alledem haben unsere damaligen Diplomaten nichts vernommen. Es mußte demgemäß zum Kriege kommen, und — urplötzlich war er da. Serajewo — ein lang gesuchter Vorwand, der hinhalten mußte, um die Kriegsgelüste Frankreichs zu befriedigen.

Der Krieg, entsetzlich genug, war allerdings nur der Anfang vom Ende. Die deutsche Stahlwalze drang vor, blieb unbesiegt. Dies ging natürlich gegen den Plan der Hetzer. Jetzt mußten kühnere Schritte unternommen werden. Aber was? Munitionsarbeiterstreik! Sturz der Monarchie! Revolution! Anarchie in Deutschland! Auf alles dies wurde nun systematisch hingearbeitet. Wie diese Vorbereitungen getroffen wurden, dürfte heute z. T. bekannt sein. Gibt doch selbst ein französischer Offizier „Josef Crozier — alias Pierre Desgranges —" hierüber in seiner Schrift „En mission chez l'ennemi" (In geheimer Mission beim Feinde) die nötige Aufklärung. (Der „Aufwärts" berichtete wiederholt im Mai ds. Js. hiervon.) Daraus geht klar und deutlich hervor, daß die „so schön geklappte" Revolution in Deutschland von Frankreich aus propagandiert und finanziert worden ist. — Mag sich auch die SPD. und mit ihr die Zentrumspresse noch so hiergegen auflehnen, an der Tatsache ändert sie nichts. —

Also auch hier wieder, wie in den Vorkriegsjahren, Geld, Geld und nochmals Geld zu Bestechungszwecken. Deutschland fiel auf dieses Manöver herein, die Revolution war da und — der Krieg für uns verloren. Frankreich triumphierte. — Waffenstillstand — Friedensverhandlungen. Der deutsche Michel, der Verzweiflung nahe, jeder Willenskraft entäußert, sah nur noch die „goldenen 14 Punkte Wilsons" und — unterzeichnete diesen unseligen Friedensvertrag, der ihm von den schlimmsten Kriegshetzern diktiert wurde. Deutschlands Vertreter in Versailles erkannten damit die Alleinschuld am Kriege an. Hiermit war das Schicksal der deutschen Nation besiegelt und diese in der Welt gebrandmarkt. Auch hier wurde von uns die furchtbare Gefahr nicht erkannt. — Frieden um jeden Preis! —

Wider Erwarten erholte sich Deutschland in kurzer Zeit einigermaßen dank seiner Arbeitsfähigkeit und Energie, entgegen dem Plane der „Siegerstaaten". Jetzt trat das internationale Leihkapital in den Vordergrund. Die Inflation preßte noch das Letzte aus dem schon so verarmten Deutschland heraus. Der Höllenschlund des

raffenden internationalen Kapitalismus verschluckte die deutsche Währung. — Leider wurde das Problem der Rentenmark-Währung, das uns ein „Helfferich" bescherte, nicht vollkommen gelöst. — Frankreich war noch nicht gesättigt. Es kam zum völkerrechtswidrigen Ruhreinbruch. Unzählige deutsche Werte wurden von der „grande Nation" vernichtet. Menschenleben spielten keine Rolle. Deutsche Volksgenossen wurden durch Bestechung zu Verrätern am eigenen Volke gepreßt. Geld war ja in Frankreich genügend vorhanden. Die Separatistenzeit hat dies bewiesen. Nicht nur finanziell, sondern auch praktisch wurde diese landesverräterische Bewegung unterstützt. Wiederum Bestechung von selbstsüchtigen Führern, die dem Machthunger Frankreichs dienten und deutsche Volksgenossen zum Verrat an ihrem Vaterland verleiteten. Leider ließen sich viele dazu hinreißen, dank der Köder, die raffiniert von Frankreich gereicht wurden. Wir müssen und wollen Gott danken, daß er dieses Werk unserer Feinde zunichte gemacht hat.

Wie ein roter Faden läuft die Kette der schimpflichsten Bestechung, der Intriguen und des Verrates durch die internationale Politik der letzten 20—25 Jahre. Ist es da ein Wunder, das Deutschland, das sich heldenhaft bis zum Aeußersten wehrte, unterliegen muß? Das ränkeschmiedende Frankreich glaubt, sich am Ziele seiner Wünsche zu befinden. Den Aermsten der Armen wird bald das tägliche Brot unerschwinglich. Aber es muß geschehen, so traurig es auch an und für sich ist; ob aber auch dies noch helfen wird, den Machthunger Frankreichs zu stillen, ist nur noch eine Frage der Zeit. Gott allein ist es vorbehalten, dies zu wissen. Gott allein kann und wird bestimmt helfen, wenn wir Deutsche ihm nur vertrauen wollten. — Das ist Grundbedingung. — Dann müssen wir aber auch endlich erkennen, daß uns durch das Ausland nicht geholfen werden kann und wird. Die letzten Verhandlungen in London, Paris und Berlin beweisen dies. Frankreich, das uns zum größten Teil wohl in diese fürchterliche Not gebracht hat, hat wirklich keinerlei Interesse daran, die Zügel in etwa zu lockern. Eher das Gegenteil können wir erwarten. Neuerdings trat dies bezl. des „Hoover-Planes" deutlich in Erscheinung. Wie sagte doch Altmeister Jahn: „Uns Deutsche kann nur durch Deutsche geholfen werden, fremde Helfer bringen uns nur tiefer ins Verderben." —

Das sind nun die Früchte dieses unseligen Hasses, der von dem französischen Imperalismus und Chauvinismus immerwährend genährt wird. Das sind die Folgen der von uns blindlings anerkannten, verlogenen Friedensparagraphen. Unser Vertrauen auf „Wilsons 14 Punkte" ist schmählich mißbraucht worden. Wir sind in bezug auf Frankreichs wohlwollende Loyalität furchtbar getäuscht worden. Deutsche Volksgenossen gingen bereitwilligst auf die Machtgelüste der Franzosen ein und ließen sich bestechen. Auf Veranlassung Frankreichs wurden deutsche Brüder durch Deutsche gemordet. (Separatistenzeit im Rheinland.) Die Weltgeschichte wird einst urteilen, welche Blutschuld diese „grande Nation" auf sich geladen hat. Leider tragen auch wir einen Teil der Schuld an unserer verzweifelten Lage insofern mit, daß wir uns zu sicher unter dem Regime des „Friedenskaisers" gefühlt haben, daß unsere eigenen Volksgenossen Fehler begangen haben, die nie wieder gut zu machen sind, wie aus dem Vorhergesagten hervorgeht. Sodann fehlt uns die Einigkeit unter uns selbst, und dies ist mit die größte Schuld, die wir tragen müssen. „Unser Schicksal ist immer der Widerschein von uns selbst" wurde einmal gesagt. Wahrlich ein Wort, das ganz für die jetzige Zeit geprägt ist. Wir müssen die Konsequenzen ziehen, es hilft alles nichts. Es heißt nun durchhalten, Zähne zusammenbeißen, keinen Zoll breit abgehen von dem, was wir wollen und auch tun müssen, um der Existenz der ganzen deutschen Nation willen. Die Annullierung des Schandvertrages von Versailles ist eine Aufgabe, die gelöst werden muß. Von der Schuldlüge und den unermeßlichen Tributleistungen müssen wir befreit werden, damit nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt von der auf ihr lastenden Depression erlöst wird. Sonst versinkt Deutschland in den Abgrund. Gott möge uns helfen, daß es nicht dazu kommt, sondern daß das deutsche Volk wieder frei atmen kann!

Ferd. Wolf.

Die Kriegsschuldlüge auf der Weltkonferenz Christlicher Jungmännervereine.

Wie deutscherseits erwartet wurde, hat die in der vergangenen Woche in Cleveland (Ohio) — vorher in Toronto — versammelte Weltkonferenz der christlichen Jungmännervereine in bemerkenswerter Weise auch zur Kriegsschuldfrage Stellung genommen. Offenbar waren innerhalb der von 57 Nationen beschickten Versammlung nicht geringe Widerstände zu überwinden. Dennoch gelang es, nahezu einstimmig eine Kundgebung zur Kriegsschuldlüge zur Annahme zu bringen. Die Weltkonferenz christlicher Jungmännervereine erklärt darin, daß sie nichts gemein haben wolle mit dem Unrecht, einem Volke die ausschließliche Verantwortung für den Weltkrieg beizumessen.

Diese Kundgebung hat eine längere Vorgeschichte. Schon im Anschluß an die letzte Weltkonferenz christlicher Jungmännervereine in Helsingfors (1926) war ein besonderer Ausschuß für die sittlichen Fragen der internationalen Politik gebildet worden. Dieser Ausschuß arbeitete ein Studienblatt aus. Der Reichsverband evangelischer Jungmännerbünde Deutschlands wurde gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Er tat dies in einer Denkschrift. Darin sind knapp und eindrucksvoll eine Reihe von Tatsachen der gegenwärtigen Weltlage zusammengestellt, die als Ausfluß des Versailler Vertrages der Gerechtigkeit unter den Völkern ins Gesicht schlagen, so die Unterdrückung der Minderheiten, die Einschränkung der deutschen Souveränität und insbesondere die Kriegsschuldlüge. Demgegenüber wurde ein öffentliches Zeugnis der Christenheit gefordert. Es war vor allem diesem deutschen Vorgehen zu danken, wenn die Leitung des Weltbundes christlicher Jungmännervereine in Genf im Februar dieses Jahres den Beschluß faßte, zur Kriegsschuldfrage auf der diesjährigen Weltkonferenz Stellung zu nehmen. Dies ist mit der oben genannten Kundgebung geschehen, die eine neue Wegemarke in dem mühevollen Ringen um den Sieg der Wahrheit und um die Befreiung unseres Volkes ist.

Bilanz der Krankenkassen.

— Mainz, 18. August.

Der Hauptverband deutscher Krankenkassen hielt in Mainz eine Vertretertagung ab, die sich über mehrere Tage erstreckte und durch ausgedehnte Verhandlungen über die Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Krankenversicherung gekennzeichnet war. Der erste Verhandlungstag war ausgefüllt mit der Erörterung organisatorischer Fragen, wobei eine neue Satzung beschlossen wurde. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Stadtrat Ahrens-Berlin wiedergewählt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erstattete Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium ein Referat über das Thema: „Die Krankenversicherung in der Wirtschaftskrise". In den Jahren zwischen 1924 und 1929, so betonte Ministerialdirektor Dr. Grieser, hätten die Einnahmen und Ausgaben der Kassen eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Es sei aber irrig von einer Erhöhung des Aufwandes allein bei den Ortskrankenkassen zu sprechen. Auf Grund umfangreicher Ermittlungen müsse er feststellen, daß auch die übrigen Kassenarten einen ebensolchen und teilweise noch stärkeren Auftrieb zu verzeichnen gehabt hätten.

Jetzt ständen wir vor der unangenehmen Situation, den Auftrieb der veränderten Wirtschaftslage wieder anzupassen. Das ginge ohne schmerzliche Eingriffe nicht ab. Er fürchte eine starke Senkung der Einnahmen der Krankenkassen im Jahre 1931, die in erheblichem Maße bereits eingetreten sei und die vor allem ihre Ursache in dem Lohnschwund der Versicherten habe. Die Ausgaben seien den veränderten Einnahmen anzupassen. Aerzte, Zahnärzte und Dentisten hätten in letzter Zeit in Vereinbarungen mit den Kassenspitzenverbänden gewisse Abschläge von ihren Gebührenforderungen freiwillig zugestanden. Man werde auf diesem Wege weiterschreiten müssen. Man müsse auch an die Krankenhäuser herantreten und versuchen, bei ihnen eine Senkung der Gebühren zu erreichen. Das Reichsarbeitsministerium sei bereit, seine Vermittlung hierfür anzubieten. Scharf trat der Redner den Bestrebungen entgegen, die einen völligen Systemwechsel in der Sozialversicherung wollen.

Möglich und notwendig erscheine ihm eine Vereinfachung der Zwerggebilde unter den Versicherungsträgern. Zweckmäßig wäre es auch, zwischen Invaliden- und Krankenversicherung eine Teilung der Leistungen dergestalt vorzunehmen, daß der Krankenversicherung die kurzfristigen Heilverfahren, der Invalidenversicherung aber die der langfristigen zugewiesen würden. Unbedingt trete er für eine Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ein.

Anschließend sprach der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Helmut Lehmann, über „Die Auswirkungen der Notverordnung". Die Drosselung der Leistungen der Krankenkassen durch die Notverordnung dürfe keinen Wechsel in dem deutschen System der Krankenversicherung einleiten. Sie könne nur ein vorübergehender Notbehelf sein. Die Notverordnung verlagere die Mittelaufbringung durch die Kostenbeteiligung der Versicherten, den Wegfall des Reichszuschusses für Familien- und Wochenhilfe und die Verringerung des Reichszuschusses für Gesundheitsfürsorge. Bedenklich seien die Eingriffe in die Selbstverwaltung. Nur durch scharfe verwaltungstechnische und gesundheitspolitische Rationalisierung könne die Krankenversicherung auf der bisherigen Grundlage erhalten werden. Rücksichtslose Verwaltungsvereinfachung müsse die psychologische Voraussetzung für die gesundheitspolitischen Maßnahmen schaffen. Beginnen müsse sie mit einem Abbau der Vergütungen der Krankenpflegerdienste und anderer Sachleistungen sowie mit einem Abbau der Preise, insbesondere der Krankenhauspflege, der Arzneien und der Heilmittel. Auch eine Rationalisierung des kassenärztlichen Dienstes müsse erwartet werden. Jeder Versuch, die Krankenversicherung einzuengen oder zu belasten zugunsten anderer Versicherungszweige, werde abgelehnt. Es gelte, die Krankenversicherung der veränderten Tragkraft der Volkswirtschaft anzupassen, um das Gesundheitsgut des deutschen Volkes in seiner Substanz zu erhalten.

Die Versammlung nahm zum Schluß mit der überwiegenden Stimmenzahl der anwesenden Arbeitnehmervertreter eine von den Versicherungsvertretern eingebrachte Entschließung an, die erneut Protest gegen die Einschränkungen der Versicherungsleistungen durch die Notverordnung vom 26. Juni 1930 erhebt. Die Entschließung erklärt die Milderungen, die in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 enthalten sind, für unzureichend und wendet sich ferner gegen die Notverordnung vom 5. Juni, die Eingriffe in die Selbstverwaltung enthalte, und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die angekündigte allgemeine Reform der Sozialversicherung die Wünsche der Versicherten auf dem Gebiete der Leistungen, der Organisation und der Aerztefrage berücksichtige.

— Der deutsche Außenhandel schließt für Juli mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 254 Mill. M. ab.

— Unter großen Ehren wurden die bei den Unruhen am Bülowplatz erschossenen Polizeioffiziere beigesetzt. Die Totenwache am Sarge hielten sechszehn Polizeioffiziere.

— Die englische Hauptstadt erwartet in den Abendstunden des heutigen Dienstags den Besuch des Luftschiffes „Graf Zeppelin".

Die dritte Internationale Judenchristliche Konferenz.

Seit Jahren bestehen in vielen Ländern judenchristliche Vereinigungen. Diese entsenden Delegierte zu der alle drei Jahre stattfindenden internationalen judenchristlichen Konferenz.

Vor drei Jahren wurde eine solche in unserer Hamburger Jerusalemkirche abgehalten; in diesem Jahre tagte sie vom 17. bis 23. Juli in High Leigh, in der Nähe Londons. High Leigh ist ein großes, von einem schönen Park umgebenes Haus, welches nur christlichen Konferenzen dient.

Gegen 800 Judenchristen wären gern zu dieser Konferenz gekommen, aber kaum 200 Personen konnten Aufnahme finden. 16 verschiedene Länder waren vertreten.

Diese judenchristliche Allianz hat ausschließlich den Zweck, christusgläubige Israeliten zusammenzubringen, um ihr Glaubensleben zu vertiefen, für Israel zu beten und zu beraten, wie das Evangelium den Juden wirkungsvoller verkündigt werden soll.

Schon am ersten Abend fühlten wir, daß des Himmels Fenster geöffnet waren und Segen auf uns herabströmte. Der Präses, Sir (Ritter) Leon Levison, betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß wir zwei Ideale haben. Christus bildet das erste und herrlichste Ideal. Er als Erlöser und Gottessohn soll König unseres Lebens sein. Das zweite Ideal ist das Reich Gottes. Dieses wird aber erst nach der Bekehrung der Juden allgemein sein, daher müssen und wollen wir mit größerem Eifer für ihre Bekehrung beten und wirken. —

Am nächsten Tag erstatteten Vertreter verschiedener Länder Berichte über den Stand und die Arbeit der judenchristlichen Vereinigungen in Palästina, Ungarn, Rumänien, Amerika, England, Deutschland. Die Tagesversammlungen wurden durch eine längere Andacht eingeleitet und durch eine Erbauungsstunde abgeschlossen. Wir hörten ausgezeichnete Referate über: „Die Ursachen und der Zweck der Leiden Israels", „Die Juden in England und das Evangelium", „Die Juden in Ungarn und das Evangelium", „Chassidismus", „Das heutige Palästina", „Was der Hebräerbrief über die Wiederkunft Christi lehrt" und andere mehr.

Eine erhebende Stunde hatten wir am Sonntag nachmittag. Viele der Delegierten legten ein freudiges Zeugnis von ihrem Glauben an Jesum ab und erzählten, was sie im Christentum gefunden haben, was ihnen das Judentum nicht bieten konnte. Trotz der Verschiedenheit des Bildungsgrades und des Standes waren sich alle darin eins, daß wir durch Jesum Vergebung unserer Sünden haben, daß Er uns neues Leben, eine lebendige Hoffnung und Kraft zum Wirken für andere schenkt.

Die Konferenz faßte den Beschluß, ein großes Stück Land in der Nähe Jerusalems, das sich aber nur für Bauzwecke eignet, für 15 000 englische Pfund zu verkaufen und dafür Land in Palästina zu beschaffen, worauf eine judenchristliche Kolonie entstehen könnte.

Zwei Brüder, die in Warschau unter den Juden arbeiten, berichteten, daß der Andrang der Juden zu ihren Versammlungen so groß sei, daß Einlaßkarten ausgegeben werden müssen. Es wurde beschlossen, in der Nähe von Warschau Land zu kaufen und eine Arbeitsstätte für Judenchristen zu errichten, dort sollen die jungen Leute in der Landwirtschaft ausgebildet und dann in die judenchristliche Kolonie nach Palästina geschickt werden. Für diesen Plan sind 60 000 Mark erforderlich. Auf des Präsidenten Vorschlag wurde sofort eine Sammlung vorgenommen, die 1265 engl. Pfund gleich 25 800 Mark ergab.

Am letzten Konferenztag feierten wir das hl. Abendmahl, an dem sich Mitglieder verschiedener Denominationen und Kirchen, zu denen die Konferenzteilnehmer gehörten, beteiligten. Es war eine gesegnete Konferenz. Wir gingen mit dem Vorsatz auseinander, treuer für einander zu beten und eifriger für die Bekehrung der Juden zu wirken.

Pastor Dr. A. Frank.

Was nutzt ein Postscheckkonto?

Dazu wird von der Post geschrieben:

Die glücklicherweise überwundene Stockung im Zahlungsverkehr der Banken und Sparkassen hat bewiesen, wie vorteilhaft es ist, Inhaber eines Postscheckkontos zu sein. Es ist nämlich vielfach übersehen worden, daß der innerdeutsche Zahlungsverkehr der Post genau so gearbeitet hat, wie in normalen Zeiten. Wir erhielten unsere Postanweisungsgelder ebenso pünktlich ausgezahlt wie immer, und der Postscheckverkehr wickelte sich ohne jede Hemmungen ab. Man konnte nach wie vor über sein Postscheckguthaben durch bargeldlose Ueberweisungen, durch Zahlungsanweisungen und durch bare Abhebungen restlos und ohne Einschränkungen verfügen. Vaterländische Pflicht ist es jetzt, da der Goldstock, die eigentliche Unterlage unseres gesamten Zahlungsverkehrs, durch Zurückziehung der Auslandsgelder so verkürzt ist, möglichst wenig mit Stückgeld und Banknoten zu zahlen, sondern im weitesten Umfange durch Anschluß an den Postscheckverkehr zur bargeldlosen Zahlungsform überzugehen. Die Zahl der Postscheckkunden in Deutschland beträgt schon über 1 Million. Der Wirkungsgrad des Postscheckverkehrs steigt riesig, je mehr die Zahl der Postscheckkunden wächst, weil mit dem Zugang jedes neuen Teilnehmers der große Kreis der Zahlungsempfänger wächst, die nicht mit Zahlungsanweisung bares Geld, sondern mit Schecküberweisung Gutschrift auf ihr Konto erhalten. Jedermann dient deshalb mit der Eröffnung eines Postscheckkontos wegen der allgemein anerkannten Vorzüge des Postscheckverkehrs sich selbst am meisten, leistet gleichzeitig der Allgemeinheit und dadurch mittelbar auch wieder sich selbst einen großen Dienst und läuft keinerlei Gefahr, weil sein Geld beim Postscheckamt wohl verwahrt liegt und jederzeit, wenn der Kontoinhaber will, restlos abgehoben werden kann.

Stillhalteabkommen fertiggestellt.

Sechs Monate Galgenfrist.

Die Arbeiten des Wiggin-Ausschusses abgeschlossen.

— **Basel,** 17. August. Die Finanzsachverständigen des Wiggin-Ausschusses haben am Montag nachmittag in vierstündiger Sitzung den ihnen von der Londoner Konferenz aufgegebenen Bericht über die „sofortigen weiteren Kreditbedürfnisse Deutschlands und die Möglichkeit einer Umwandlung eines Teiles der kurzfristigen Kredite in langfristige" durchberaten und bereinigt. Die den Regierungen zu übermittelnden Beschlüsse wurden ebenfalls fertiggestellt.

Die Frage der Markguthaben bleibt offen.

— **Basel,** 17. August. Am Montag sind zwischen den englischen, französischen, amerikanischen und deutschen Mitgliedern des Stillhalteausschusses noch verschiedene Fragen bereinigt worden, so daß nunmehr das Stillhalteabkommen in allen seinen wesentlichen Punkten fertiggestellt ist mit Ausnahme der Frage der ausländischen Markguthaben, über die bisher keine Einigung zustande gekommen ist. Da es sich hierbei um einen Betrag von ca. 800 Millionen Reichsmark handelt, so ist es Deutschland im Hinblick auf die Devisenbestimmungen und die ganze Finanzlage unmöglich, die Verfügung darüber vollständig freizugeben.

Ueberblickt man die seit zehn Tagen bei der B.J.Z. andauernden Finanzverhandlungen, und zwar sowohl diejenigen des Finanzsachverständigenausschusses (Wiggin-Ausschuß), wie diejenigen des Stillhalteausschusses, so dürfte wohl das greifbarste und wichtigste Ergebnis die **sechsmonatige Stabilisierung der auf fünf bis sieben Milliarden Mark bezifferten kurzfristigen Kredite sein.** Wie nach dieser Zeit eine Abtragung dieser Kredite oder eine Konsolidierung erfolgen soll, darüber verweigerten die in Basel versammelten Finanzleute bisher jede Auskunft.

*

51 Millionen gezahlt.

47 Millionen der Reichsbahn zur Verfügung gestellt.

— Basel, 18. August.

Die nach dem neuen Plan vorgesehene monatliche Zahlung der unbedingten Annuität im Betrage von 51 Millionen Reichsmark ist am 15. August von der Deutschen Regierung der Bank für Internationale Zahlungen überwiesen worden. Da sämtliche Regierungen mit Ausnahme der jugoslawischen auf diese Annuität für die Dauer eines Jahres verzichtet haben, wurde dieser Betrag nicht weitergeleitet. Es kann aber festgestellt werden, daß auch die jugoslawische Regierung den ihr zukommenden Teil noch nicht abgerufen hat.

Von der überwiesenen Summe wurden 47 Millionen der Deutschen Reichsbahn zur Verfügung gestellt. Der Rest wurde mit Ausnahme des jugoslawischen Anteils für die Gutschreibung des Zinsendienstes aus der Youngplananleihe 1930 und für verschiedene Bankkomitees der BJZ. verwendet.

Sanierung des Bankwesens.

Reichsregierung beruft neun Sachverständige. — Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsausschuß.

— Berlin, 18. August.

Der Wirtschaftsausschuß der Reichsregierung wird im Verlaufe dieser Woche gemeinsam mit je einem Vertreter der Reichsbank und der preußischen Regierung sowie unter Hinzuziehung von Sachverständigen aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Finanzwelt die Frage der Einführung einer Bankenaufsicht prüfen. Die Berufung der Sachverständigen ist bereits erfolgt; folgende neun Persönlichkeiten werden zu den Verhandlungen hinzugezogen werden:

Geheimrat Schmitz von der IG-Farben — der die Reichsregierung auch in letzter Zeit schon in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen beraten hat —, Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding, Bankier Pferdmenges-Köln, Professor Adolf Weber aus München, Prof. Philipp Stein vom Deutschen Genossenschaftsverband, Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg, Direktor Reinhart von der Commerz- und Privatbank, der Präsident der Landwirtschaftskammer von Pommern von Flemming und der Industrielle Dr. Hackelsberger-Oefflingen vom Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft.

Wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist dem Ausschuß die Aufgabe gestellt, schnell praktische Ergebnisse hinsichtlich folgender Fragen zu erzielen: Erstens soll der Ausschuß das Schicksal der Banken klären, an denen sich das Reich finanziell beteiligen mußte (Darmstädter- und Nationalbank sowie Dresdner Bank). Zweitens hat der Ausschuß die Frage zu beantworten, welche Lehren aus der gegenwärtigen Krisis zu ziehen sind, und schließlich soll er das Problem der Bankenaufsicht prüfen.

Es handelt sich aber keineswegs um einen Enquete-Ausschuß, dem eine längere Zeit zur Beratung grundsätzlicher Fragen zur Verfügung steht, sondern um ein Wirtschaftsgremium, von dem man eine beschleunigte Lösung praktischer Fragen erwartet, die auf Jahre hinaus von größter Bedeutung sein können. Es wird also kein theoretisches Gutachten erwartet, sondern ein praktischer Ratschlag. Im übrigen sind die Herren, die der Wirtschaftsausschuß des Kabinetts hinzugewählt hat, nicht etwa „der Ausschuß, dem die Bankenaufsicht obliegt". Das geht schon daraus hervor, daß die Frage der Bankaufsicht überhaupt erst zur Debatte gestellt ist.

Wie weiter verlautet, soll als Kommissar der Reichsregierung für die Wahrnehmung der Interessen an der Dresdner Bank der Ministerialdirektor im Finanzministerium Dr. Norden ernannt werden. Ferner besteht der Plan, einen besonderen Kommissar in die Reichsbank zu entsenden, der gewissermaßen eine Kontrolle über die Geschäfte der Reichsbank mit den übrigen Banken auszuüben hätte. Das letzte Wort hierüber hat jedoch der Wirtschaftsausschuß gemeinsam mit den Bankfachverständigen. Natürlich wird auch bereits ein Name für diesen Posten genannt, und zwar der des Prof. August Weber, des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Staatspartei, doch scheint diese Kandidatur inzwischen bereits überholt zu sein.

Die Aufgaben des Reichstags.

Begrenzung der Plenarverhandlungen? — Die Hauptaufgaben sollen durch Notverordnungen gelöst werden.

Was den Wiederzusammentritt des Reichstags betrifft, soll an dem Termin des 13. Oktober nichts geändert werden. Gegenteilige Behauptungen, insbesondere auch die Gerüchte über einen sozialdemokratischen Vorstoß zugunsten einer Vorverlegung des Einberufungstermins, werden in parlamentarischen Kreisen als unzutreffend bezeichnet. Ferner rechnet man damit, daß die Plenarverhandlungen des Reichstags nach der Wiedereröffnung des Parlaments nur von kurzer Dauer sein und die Hauptaufgaben des kommenden Winters durch Notverordnung gelöst werden. Die von verschiedenen Parteien geforderten Aenderungen der fünften Notverordnung, die seinerzeit zu einem Konflikt zwischen Regierung und Sozialdemokratie zu führen schien, sollen in die neuen Notverordnungen hineingearbeitet werden.

Als wichtigste Aufgabe des Reichstags verbleibt die Bestätigung des bereits in Kraft gesetzten Hoover-Plans und die Stellungnahme zu der Gesamtheit der Notverordnungen.

— Die saarländische Regierungskommission hat eine Verordnung gegen den Waffenmißbrauch erlassen, die sich in ihrem entscheidenden Teil an die Bestimmungen der deutschen Notverordnung vom 28. März anlehnt.

254 Mill. M. Ausfuhrüberschuß.

Die Einfuhr im Juli um 69 Millionen Mark geringer, die Ausfuhr um 80 Millionen Mark gestiegen.

— Berlin, 18. August.

Nach dem jetzt veröffentlichten Bericht über den deutschen Außenhandel im Juli ist die tatsächliche Einfuhr gegenüber dem Vormonat um 69 Millionen Mark zurückgegangen. Insgesamt wurden für 538 Millionen Mark Waren eingeführt. Am erheblichsten ist der Rückgang bei der Einfuhr von Rohstoffen; hier beträgt er 40 Millionen Mark. Fertigwaren wurden für 17 Millionen Mark, Lebensmittel für 12 Millionen Mark weniger als im Juni eingeführt.

Die Ausfuhr ist von 713 Millionen Mark im Juni auf 792 Millionen Mark im Juli gestiegen; außerdem sind im Juli Reparations-Sachlieferungen im Werte von 35 Millionen Mark (Juni 33 Millionen Mark) ausgeführt worden. Die Zunahme der Ausfuhr, die insgesamt 80 Millionen Mark beträgt, ist stärker als saisonmäßig zu erwarten war; sie entfällt fast ausschließlich auf die Fertigwaren, deren Absatz um 75 Millionen Mark gestiegen ist. Dabei ist bemerkenswert, daß der Preisindex für die ausgeführten Fertigwaren gegenüber dem Vormonat nur um etwa 1 v. H. gefallen ist.

Die Handelsbilanz für Juli schließt mit einem tatsächlichen Ausfuhrüberschuß von 254 Millionen Mark ab; einschließlich der Reparations-Sachlieferungen übersteigt der Wert der im Ausland abgesetzten Waren die Einfuhr um 289 Millionen Mark.

Der Rückgang der deutschen Einfuhr bei gleichzeitiger Steigerung der Ausfuhr stellt eine ernste Warnung dar. Diese Entwicklung zeigt nämlich, daß die Zuspitzung der deutschen Finanzkrise bereits im ersten Monat eine weitere Steigerung der deutschen Ausfuhr — unter Verzicht auf Gewinne? — herbeigeführt und die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für fremde Waren noch mehr eingeschränkt hat. Soll die Fortdauer dieser Tendenz durchbrochen werden, dann muß die Unterstützung der deutschen Selbsthilfe durch das Ausland beschleunigt werden. Von innerpolitischer Bedeutung ist daneben noch der starke Rückgang der Rohstoffeinfuhr, weil daraus ein weiteres Nachlassen der Beschäftigung befürchtet werden muß.

Sonder-Gehaltsabbau in den Ländern?

— Oldenburg, 18. August.

Auf der nach Oldenburg einberufenen Ministerkonferenz der nord- und mitteldeutschen Länder wird dem Vernehmen nach auch die Frage einer Sondergehaltskürzung in den Ländern erörtert werden. Oldenburg selbst scheint zu einem solchen Vorgehen bereits entschlossen zu sein. Wie man darüber hört, sollen Gehälter bis zu 2000 Mark von der Kürzung ausgenommen sein. Darüber hinaus sollen die Gehälter bis zu 3000 Mark um vier, die bis zu 6000 Mark um fünf, die bis zu 12 000 Mark um sechs und die noch höheren Gehälter bis zu acht Prozent gekürzt werden. An der Konferenz in Oldenburg nehmen noch teil: Braunschweig, Mecklenburg, Thüringen, Anhalt, Schaumburg-Lippe und Lübeck.

Regelung der Stickstoffeinfuhr.

Neue Verordnung des Reichswirtschaftsministers.

Nach dem Außerkrafttreten der Internationalen Stickstoffvereinbarungen und dem Scheitern der Internationalen Stickstoffverhandlungen ist auf dem Stickstoffweltmarkt eine so große Beunruhigung eingetreten, daß auch der deutsche innere Markt infolge der Einfuhr zu Schleuderpreisen in schwere Erschütterung zu geraten droht, und daß der Fortgang der Produktion in Deutschland und damit auch die geregelte Versorgung der Landwirtschaft mit stickstoffhaltigen Düngemitteln gefährdet ist.

Da bei der gegenwärtigen außergewöhnlichen wirtschaftlichen Lage derartige Erschütterungen für die deutsche Volkswirtschaft unerträglich wären und lebenswichtige Interessen des Landes gefährdet würden, hat sich die Deutsche Regierung genötigt gesehen, die Einfuhr von stickstoffhaltigen Düngemitteln von einer Einfuhrbewilligung abhängig zu machen.

Die Reichsregierung folgt damit dem Beispiel einiger anderer Länder, wie z. B. Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei, die bereits ihren Markt durch Einfuhrverbote abgeschlossen haben und denen noch andere Länder sich anzuschließen im Begriff stehen. Die Verordnung des Reichswirtschaftsministers tritt am 18. August in Kraft.

Verhandlungen mit Gemeindearbeitern.

Ueber die Frage der Lohnangleichung.

Im Reichsarbeitsministerium begannen Verhandlungen mit den Vertretern der Gemeindearbeiter. Es handelt sich um Schlichtung der Gegensätze zwischen dem Kommunalarbeitgeberverband und dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Den Differenzen liegt zugrunde die auf der Notverordnung vom 5. Juni d. J. beruhende Erklärung der Arbeitgeber, daß die Löhne der Gemeindearbeiter denen der Reichsarbeiter angeglichen werden sollen. Der Reichsarbeitsminister hat beide Parteien geladen und will versuchen, unter Vermeidung von Härten eine Tarifregelung herbeizuführen.

Bei den Verhandlungen kam eine Einigung nicht zustande. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin einen Vermittlungsvorschlag gemacht, über den sich die Parteien bis Mittwoch äußern sollen.

Englands Sparmaßnahmen

Radikale Ausgabenbeschneidung.

— London, 18. August.

Der aus fünf Kabinettsmitgliedern bestehende Sparausschuß des Kabinetts wird voraussichtlich am Mittwoch dem Kabinett den Entwurf seines Sparprogramms unterbreiten. Das Parlament würde dann, wie „Evening Standard" berichtet, bereits Ende August zu einer Sondersitzung einberufen werden, obwohl die Gesetzesvorlage bis dahin nicht vollständig fertiggestellt sein würde. Dem Blatt zufolge bringt sie nachfolgende Maßnahmen:

Herabsetzung der veranschlagten Beträge für die großen Staatsausgaben einschließlich der Ausgaben für Flotte, Heer und Luftstreitkräfte; starke Beschneidung der Ausgaben für Erziehungswesen; Herabsetzung der Versicherungsbeträge, gefolgt von einer Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung und der Honorare der Kassenärzte; Zurückstellung der Straßenbaupläne; Vorschläge zur Herabsetzung der Gehälter von Ministern und Parlamentsmitgliedern; Ersparungen im Postwesen.

Sobald Uebereinstimung über die wichtigsten Maßnahmen erreicht ist, will die Regierung eine entsprechende Kundgebung veröffentlichen.

Festhalten an Versailles.

Frankreichs Finanzminister gegen die völlige Streichung der Tribute.

— Paris, 18. August.

Der französische Finanzminister Flandin äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber über die Wirtschafts- und Finanzlage und erklärte dabei unter Hinweis auf den Feldzug, der gegenwärtig für die allgemeine Annullierung der Kriegsschulden und der Reparationen geführt werde, Frankreich habe gegen die bereits vorgesehene Möglichkeit, daß eine Herabsetzung der französischen Kriegsschulden gegenüber seinen Gläubigern auch Deutschland zugutekomme, nichts einzuwenden. Was jedoch den rein französischen Anteil an den deutschen Reparationszahlungen anbetreffe, so gleiche er die „Wiederherstellung der Kriegsschäden nicht aus". Niemand in Frankreich, welcher Partei er auch angehöre, habe jemals zugegeben, daß Frankreich auf ein Recht verzichten könne, das nicht allein in den Verträgen niedergelegt sei, sondern das den „Gerechtigkeitswillen des Gewissens der Völker ausdrücke."

Diese Ausführungen zeigen erneut, wie wenig die Welt bei einer vernünftigen Lösung der Reparationsfrage von Frankreich zu erwarten hat und wie sehr Frankreich nach wie vor an dem Vertrag von Versailles festhält, in dem sich auch nicht eine Spur von Gerechtigkeitswillen findet.

Woldemaras vor dem Gericht.

Durchführung des Prozesses unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

— Kowno, 18. August.

Vor dem Kriegsgericht in Kowno hat sich jetzt der frühere litauische Diktator Woldemaras wegen Hochverrats zu verantworten. Mit ihm sitzen 22 Mitglieder des „Eisernen Wolfs" auf der Anklagebank. Die Anklage wirft dem Exdiktator vor, nach seinem Sturz im September 1929 eine Verschwörung angezettelt und den Ueberfall auf den Minister Rusteika organisiert zu haben. Die Verhandlung wird unter vollständigem Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt; auch Pressevertreter erhalten keinen Einlaß. Das Gerichtsgebäude ist in weitestem Umfange durch Polizei abgesperrt. Zu Beginn der Verhandlung ereignete sich ein Zwischenfall. Als Woldemaras, der in der vordersten Reihe der Angeklagten sitzt, forderte, daß man ihm für seine Prozeßakten einen Tisch zur Verfügung stelle, wurde ihm vom Vorsitzenden erklärt, daß er als Angeklagter nichts zu fordern, sondern zu bitten habe. Als Woldemaras daraufhin seinen Wunsch in Form einer Bitte vorbrachte, wurde ihm ein Tisch gebracht.

Am Vorabend des Prozesses sind 12 weitere Personen, die sich zu Woldemaras bekannten, verhaftet worden.

Der Prozeß steht in Litauen im Mittelpunkt des Interesses, war doch Woldemaras, als er im Dezember 1926 die damalige Regierung mit Unterstützung des Militärs davonjagte, viele Jahre hindurch der einflußreichste Mann des Landes.

Zeppelinfahrt nach England.

„Winde und Wogen sind immer auf Seiten des fähigsten Steuermannes."

— London, 18. August.

Die englische Hauptstadt erwartet in den Abendstunden des heutigen Dienstags das Luftschiff „Graf Zeppelin" unter Führung Dr. Eckeners. Der Unterstaatssekretär im britischen Luftfahrtministerium, Montagu, wird das deutsche Luftschiff offiziell begrüßen. Eine Anzahl von Persönlichkeiten, die an der Entwicklung der Luftschiffahrt interessiert und die bemüht sind, Eckener ihre Verehrung zu zeigen, werden ihm ein goldenes Kästchen überreichen, das die Inschrift trägt: „Winde und Wogen sind immer auf Seiten des fähigsten Steuermanns".

Verschiedenes.

Neue Freusburger Werkwochen. Die Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung plant für die nächste Zeit eine Reihe weiterer Werkwochen, in denen mancherlei Lebensgebiete behandelt und in praktischer Weise geprüft werden sollen. Gartenbau, Siedlung, gärungslose Früchteverwertung, Volkssingen, Volkstänze und Spiele stehen auf dem Programm. Die Werkwochen finden statt vom 24. August bis 30. September. — Näheres über Teilnehmerbedingungen, Unkosten und Einzelheiten gegen Einsendung von 50 Pfennig in Briefmarken durch das Arbeitsamt der Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung, Hilchenbach Westfalen, Postfach 14.

*

—**Reichsschülerinnentagung des Deutschen Bundes der Mädchenbibelkreise** im Kurhaus Woltersdorfer Schleuse bei Erkner (Mark), in der Nähe Berlins vom 1. bis 6. Oktober 1931 für die Oberklassen höherer Schulen (von 15 Jahren an). Thema: Christus heute. Vortragende: Ilse Lotte Behrend, Elisabeth Brand-Spengler, Magdalene Fritzsche, Lic. Brandenburg. Sonntag, den 4. Oktober Ausflug nach Berlin. 10 Uhr Gottesdienst, Jesuskirche, Wassertorstraße 37 a, Gartenhaus. Predigt: Pfr. Walther Thieme. Besichtigungen.

Woltersdorf liegt vor den Toren Berlins, inmitten der Schönheiten der märkischen Landschaft. Die ländliche Lage und die günstigen Raumverhältnisse des Kurhauses ersparen die Ermüdungen der Großstadt und bieten einen erholsamen Aufenthalt. Eine Tagesfahrt nach Berlin gibt Gelegenheit, ein Eindruck von der Reichshauptstadt zu gewinnen. Verschiedene Führungen sollen Berlin in seiner historischen und kunstgeschichtlichen Bedeutung zeigen. Im Anschluß an die Tagesfahrt findet auf besonderen Wunsch ein gemeinsamer Ausflug nach Potsdam statt. Anmeldungen an Bundeshaus Leipzig, Plagwitzerstr. 12.

Die deutsche Funkwirtschaft.

Rückblick und Ausblick zur Großen Deutschen Funkausstellung und Phonoschau Berlin 1931.

Als die Funkindustrie vor einigen Wochen begann, sich mit den Vorbereitungen für die Große Deutsche Funkausstellung zu befassen, befanden wir uns bereits im Zustand schwerster wirtschaftlicher Erschütterungen. Waren schon die geschäftlichen Dispositionen für den nächsten Tag überaus schwierig, so erschien es beinahe unmöglich, Maßnahmen auf längere Sicht vorzubereiten. Trotzdem ist von den beteiligten Kreisen der Funkwirtschaft die Frage, ob ihre große Werbeveranstaltung in diesem Herbst im Hinblick auf die wirtschaftliche Not der Zeit ausfallen soll, weder ernstlich gestellt noch überhaupt diskutiert worden.

Bei einem Rückblick auf das Jahr 1930 ist zunächst festzustellen, daß die Funksaison in eine Zeit ständigen wirtschaftlichen Niedergangs fällt. Die Kurve der allgemeinen Volkswirtschaft fiel stetig stark ab, eigenartigerweise jedoch nahm die Kurve des funkindustriellen Absatzes eine entgegengesetzte Richtung. Vielleicht ist diese Erscheinung gar nicht so merkwürdig gewesen, sondern vielmehr durch die besondere Struktur der Funkwirtschaft erklärlich.

Zunächst ist der Absatz in Funkgeräten und Einzelteilen durch die Ausbreitung des Rundfunkempfangs bedingt. Die Rundfunkbeteiligung in der ganzen Welt ist auch im vergangenen Jahre nicht unerheblich gewachsen. Anfang 1930 betrug die Zahl der Rundfunkteilnehmer in der Welt rund 32,5 Millionen, d. h. bei einer Gesamtbevölkerung der Erde mit 1,9 Milliarden entfielen 17 Rundfunkteilnehmer auf 1000 Einwohner. Bei einer Annahme von durchschnittlich 4 Personen je Haushaltung sind 68 von 1000 Haushaltungen mit Rundfunkeinrichtungen versehen. An erster Stelle in Rundfunkdichte steht Nord- und Mittelamerika mit 88 Teilnehmern auf 1000 Einwohner, an zweiter Stelle Ozeanien mit 45 und erst an dritter Stelle Europa mit 34 Teilnehmern je 1000 Einwohner. An der Spitze der Länder mit größter Rundfunkdichte steht Dänemark, da hier bereits rund 50 v. H. sämtlicher Haushaltungen am Rundfunk angeschlossen sind. An zweiter Stelle stehen die Vereinigten Staaten mit 44 v. H. Beteiligung der Haushaltungen am Rundfunkempfang. Es folgen sodann Schweden, Groß-Britannien, Oesterreich, Hawai, und erst an siebenter Stelle Deutschland. Nach den Zählungen am 1. April 1931 wurden im Deutschen Reich über 3,7 Millionen Rundfunkteilnehmer ermittelt, d. h. 24,3 Teilnehmer, bezogen auf 100 Haushaltungen. Im vorhergehenden Jahre war die gleiche Ziffer mit 21,1 festgestellt worden, so daß die Ausbreitung des Rundfunks in Deutschland auch trotz allgemeinen Konjunkturrückgangs erhebliche Fortschritte gemacht hat. Auf die Orte mit mehr als 2500 Einwohnern (es handelt sich hier um mehr als 2400 Orte) entfielen 3,15 Millionen Teilnehmer, oder rund 84 v. H. der Gesamtzahl gegenüber 83 v. H. im Vorjahre. Die Neueinrichtung von Rundfunkempfangsanlagen ist somit in den Städten wiederum stärker gewesen als auf dem flachen Lande. In den erwähnten Orten mit mehr als 2500 Einwohnern, die einer besonderen Untersuchung zugrunde gelegen haben, betrug die Rundfunkdichte je 100 Haushaltungen 29,0, dagegen waren bei den Gemeinden mit weniger als 2500 Einwohnern nur 13,0 Rundfunkteilnehmer je 100 Haushaltungen festzustellen.

Diese Zahlen von der Rundfunkdichte in der Welt und derjenigen Deutschlands sind deshalb mit verhältnismäßig großer Ausführlichkeit wiedergegeben, weil hieraus zweierlei hervorgeht:

1. daß in Zeiten schwerster wirtschaftlicher Depression die Rundfunkbeteiligung erheblich gewachsen ist, und
2. daß speziell in Deutschland der Sättigungsgrad in der Rundfunkbeteiligung noch lange nicht erreicht sei.

Die außerordentliche Aktualisierung, die der Rundfunk erfahren hat, besonders seitdem die Regierung sich daran gewöhnt hat, den Rundfunk zum Mittler ihrer Verlautbarungen zu machen, dürfte dazu beigetragen haben, das Bedürfnis, am Rundfunk beteiligt zu sein, so zu steigern, daß es unter allen Umständen auf Kosten anderer Unterhaltungsbedürfnisse wie Theater, Kino, Gasthausbesuch, befriedigt wird.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bielefeld.** Morgen (Mittwoch) abend spricht im Evg. Elternbund für die höheren Schulen Herr Studienrat Schäfer über die „Not unserer Jugend und evangelische Erziehung" in der Aula der Cecilienschule (siehe Anzeige).

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Dienstag 8 Uhr: Bethelgruppenabend, ältere und jüngere Abteilung im Gruppensaal.

Mittwoch abend 8 Uhr: Verlosung; wir fangen pünktlich an.

— Am Donnerstag, 20., und Freitag, 21. August, bleibt die Apotheke des Umbaus wegen geschlossen.

— **Weihnachtspakete** für Usambara und Bukoba bitten wir uns rechtzeitig ins Missionshaus zu senden, und zwar **für Bukoba bis spätestens 10. September, für Usambara bis spätestens 10. Oktober.**

Zu jedem Paket ist ein Inhaltsverzeichnis mit Wertangabe der einzelnen Gegenstände (nicht zu hoch) erforderlich.

— **Brille mit brauner Hülle verloren.** Bitte abzugeben bei Wedel, Ophir.

Anzeigen aus Bethel.

— **Ein Zimmer zu vermieten,** evtl. mit Morgenkaffee. Zu erfragen im Telefonamt.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Evang. Elternbund für die höheren Schulen in Bielefeld.

Mittwoch, den 19. August 1931, abends 8½ Uhr in der Aula der Cecilienschule

Vortrag

von **Herrn Stud.-Rat H. Schäfer:**

„Die Not unserer Jugend und evangel. Erziehung".

Alle Evangelischen werden dazu eingeladen.

Eintritt ist frei.

J. A.: Mund, Pf., Schriftführer.

Eisu Metall-Betten u. Holz- Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

KLISCHEES ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN. ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG BORGSTÄDT & BUSCH BIELEFELD TELEFON Nr. 1306

Suche möglichst schon zum 1. September für großen Haushalt mit Kindern eine arbeitsfrohe, gesunde

Haustochter

schlicht um schlicht. Wenn schon einige Erfahrung im Haushalt, kleines Taschengeld. Mädchen, Waschfrau und andere Hilfen vorhanden. Pastor H. Büchsel, Anstaltsvorsteher, Reinstedt a. Harz.

Kleine christliche **Privat-Pension** Otto Roth **Luftkurort Auerbach a. d. B.** Villa, Garten. Sonnige Lage. Liegehalle. Bürgerl. Küche; Vegetar. und Rohkost. Bad im Hause. Preis Mk. 4.—, Mk. 5.— Unglückliche und Minderbemittelte haben Ermäßigung.



Für die Einmachzeit empfehlen wir unsere bewährten **Aluminium-Einmachkannen**

Außerdem machen wir Sie auf unsere **Korbwaren und Liegestühle** aufmerksam.

Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel

Hospize und Heime

Christliches Erholungsheim „Pniel", Bad Oeynhausen, Weststr. 15, Part., 1. und 2. Etg. **18 gut eingerichtete Zimmer.** Abendandachten. Nächste Nähe des Kurparks und der Bäder. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Haus „Patmos", Erholungsheim der Deutschen Zeltmission bei Geisweid i. W. (Strecke Siegen—Hagen.) Einzig schöne Lage in einem stillen, umwaldeten Tale des Siegerlandes, abseits vom Lärm der Stadt und Staub der Straßen. Angenehmer Aufenthalt, gute bürgerliche Küche, 4 Mahlzeiten, täglich Andacht. Prospekte stehen gern zu Diensten.

Darlingerode b. Wernigerode/Harz, „Lückestiftung". Evgl. Erholungsheim f. Kinder j. Alters. Sonnige ruh. Lage,. Wald m. gr. Spielwiesen, großer Garten, Liegehallen. Städt. Waldbadeanstalt i. d. Nähe. Preis 2,— Mk. Dauerkinder Ermäßigung. Kein Massenbetrieb.

Christliches Erholungsheim, Ueberlingen am Bodensee, St. Ulrichstr. 38, in ruhiger, sonniger Lage mit herrlichem See- und Alpenblick, möchte nicht nur Sommergästen einen angenehmen Aufenthalt bieten, sondern auch in den ruhigen Wintermonaten besonders Erholungsbedürftige aufnehmen. Preise 4.50—6.50 Mark bis 1. Juli und ab 15. Sept. wesentliche Ermäßigung. Prospekte. —

Christl. Hospiz Holländerhof, Heidelberg, Neckarstaden 22. Haltestelle der Straßenbahn Linie 1 Kettengasse. Ruhige Lage an der alten Neckarbrücke mit freier Aussicht auf Neckar und Gebirge. Zentralheizung, Bäder, fließendes Wasser, 30 Z., 47 B., von 2,50 bis 5,—.

Erholungshaus des Evg. Diakonievereins (Mitglied des Verbandes Christlicher Hospize) **Tabarz** in Thür., „Haus Veronika" in schönster Lage am Datenberg im Lauchagrund. Tagespreis 6.— bis 6.50 Mk.

Freiburg i. Breisgau. Hotel zum Pfauen (Christl. Hospiz), 3 Minuten links vom Bahnhof. Friedrichstr. 16.

Nordseebad Langeoog, „Tongers Familienheim", ruhig gelegen, bietet Erholungssuchenden Wohnung mit voller seegemäß kräftiger Verpflegung zu mäßigen Preisen. Auf Wunsch Hausprospekt. Hausordnung nach christlicher Lebensauffassung.

Wernigerode-Hasserode, „Harzheim". Roonstraße 8. Inhaberin H. Wolf, Tel. 2676. Behagliches Gästeheim in ruhiger, staubfreier Lage und Waldnähe. Garten mit Sitz- und Liegeplätzen und herrlichem Blick in die Berge. Zimmer mit voller Verpflegung für 5.- Mk. tägl. Empfohlen durch P. Hölzel-Barmen.

Luftkurort Kohlgrund in Waldeck, Arolser Land, bietet angenehmen Aufenthalt in waldreicher, schöner Gegend. Gute Verpflegung (4 Mahlzeiten). Freundl. Schlaf- und Aufenthaltsräume. 5½ Morg. groß., sonnenseitiger, in Terrassen angel. Garten mit Spiel- und Ruheplätzen. Liegestühle Landwirtschaft. Pensionspreis ohne jeglichen Zuschlag tägl. 3.50 Mk. Prospekt zu Diensten. Bahnstation Marsberg, Strecke Hagen-Cassel. Christl. Erholungsheim M. Dönges.

Gnadenheim, Christl. Erholungshaus: Soisdieden, Post Mansbach (Rhön). Schnellzugstation Hersfeld. Größte Ruhe. Prächtige Fernsicht. Heimelige Zimmer, Gute Verpflegung. Autoverbindung. Tägliche Andacht. Pensionspreis 3—4 Mk.

Teutoburger Wald. In dem Erholungsheim des Provinzialverbandes für die weibliche Jugend Westfalens finden auch im Winter junge Mädchen, Frauen und größere Kinder Aufnahme. Mäßige Preise. (Belegenheit zur Liegekur. Hausmutter Schwester Marie Ziemann, Zieker bei Bielefeld. Telefon 1406.

Düsseldorf. Christl. Hospiz „Neanderhaus", Scheurenstr 8—10, 4 Min. vom Hauptbahnhof. Fernruf 1364. Bekanntes, ruhiges Haus. Mäßige Preise.

Köln a. Rh. Christl. Hospiz Viktoriahof Viktoriastr. 11, Tel. Rheinland 6976

Bad Godesberg a. Rh. Haus v. Below Christl. Familienpension. Auguste-Viktoriastraße 75—77. Zimmer mit Pension von 6.— Mk. an. Das ganze Jahr geöffnet.

Bielefeld. Christl. Hospiz: Telef. 2391. Bahnhofstraße 30. — Einzelzimmer 2—3 Mk., Doppelzimmer 4—6 Mk. Gute Speisen und Getränke. Auto-Unterstand.

Harzfriede, Wernigerode im Harz, Christliches Erholungshaus u. Hospiz. Geöffnet Mai bis Oktober. Werbeschrift auf Wunsch. Fernspr. 2522.

Görlitz. Christliches Hospiz (C. V. J. M.-Haus), Jakobstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof. Fließ. Wasser, Zentralheizung. Mäßige Preise.

Coblenz. Christl. Hospiz. Freie schöne Lage, 7 Min. v. Hauptbhf. Tetrasse, Bäder. Elektr. Licht. Zentralheizung. 40 Zimmer, 50 Betten. Gute Küche, ff. Getränke.

Christl. Hospiz Bielefeld (Perthesshaus), Bünderstraße 21, Telefon 5800, 8 Minuten vom Hauptbahnhof. Vollständig neu eingerichtet, ruhige Lage mitten im Garten, elektrisches Licht, Zentralheizung, Bäder, Schreib- und Lesezimmer, Sitzungszimmer. Zimmer zum Preise von Mk. 2,— und Mk. 3,—, Doppelzimmer Mk. 4,— Autounterstand.

Herchen a. d. Sieg. Chr. Erholungsheim „Lindenhaus". Ruhige, schöne Lage. Waldreiche Gegend. Vorzügliche Verpflegung, freundliche Zimmer Große Veranda. Pensionspr. Mk. 5.— Bes.: Frau Rektor Lindemann.

Tambach-Dietharz, Thür. Wald. Haus Fürstenblick (christl. Hospiz), 500 m ü. d. M. Großer Garten — Liegewiese. Das ganze Jahr geöffnet. Fernr. 42. Fr. L. Jacobskötter.

Hohegrethe bei Aue an der Sieg. Christl. Erholungsheim. Schöner Landaufenthalt bei gut. Verpflegung. Täglich Hausandacht. 60 Zimmer mit 60 Betten.

Christl. Erholungsheim Waldfrieden in Rosdorf bei Kellinghusen (Mittelholstein). Liebl. stille Lage in schönem Garten, umgeben von Laub- und Nadelwäldern. Gute Verpfl. Höhensonne im Hause. Raum für 10 Gäste. Hausandacht. Preis 5 Mk. Frau Heinrich Dallmeyer, Witwe.

Haus Berghalde in Wernigerode, Vollhasental 8, in schönster Lage, direkt am Walde, nimmt alleinstehende Damen mit und ohne Kinder, auch Erholungsbedürftige, bei mäß. Preisen auf. Gute Verpflegung. Christliches Haus.

In **Bad Kreuznach** bietet das Evangl. Jugend- u. Erholungshaus „Daheim" Frauen u. Mädchen, die sich erholen u. Solbäder gebrauchen wollen, angenehmen Aufenthalt. Das Haus ist der Neuzeit entsprechend eingerichtet, hat einen ruhigen, sonnigen Garten u. Liegehallen. Es wird von Diakonissen geleitet.

Ostseebad Zinnowitz auf Usedom. **Christl. Erholungsheim „Immanuel".** Ruhige Lage. Blick auf See und Wald. 4 Min. z. Strand durch herrl. Wald. Zimmer m. Balkon und fließ. Wasser. Pension von 4 Mk. an. Täglich Andachten. Anfragen: **R. Fischer, Prediger.**

Braubach am Rhein, Christl. Erholungsheim des Hess.-Nass. Gemeinschaftsvereins in schönst. Rheingegend. Tägl. Andacht. Sonnige Zimmer mit und ohne fließendem Wasser. Gute Verpflegung. Traubensäfte (eigenes Wachstum). Näheres durch die Leitung: H. Göttert, Braubach (Rhein), Wilhelmstraße 6, Fernruf 251.

Hospiz „Haus Hainstein", Eisenach Herrliche Lage, eigener Waldpark, Wartburgblick; besonders für längeren Aufenthalt geeignet. Teilnahme an den Andachten und Festen des Jugendwerkes erwünscht. Gute Zimmer mit einfacher, gesunder Verpflegung je nach Jahreszeit und Lage der Zimmer Mk. 4,50 bis 6.—. Reichhaltiges Lesezimmer. D. Paul Le Seur.

Kirchheide in Lippe bietet angenehmen Aufenthalt in waldreicher, schöner Gegend. Gute, reichl. Verpflegung. Pensionspreis 3.50 RM. Prospekt zu Diensten. Autoverb. von Lemgo und Bad-Salzuflen. Christl. Erholungsheim Fromme

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Bes. Förster-Ostermeyer, Frankfurter Str. 33. Schöne geräumige Zimmer mit voller Verpflegung in nächster Nähe der Bäder, Kurpark und Bahnhof zum ermäßigten Preis: eine Person 5.50 RM, zwei Personen zusammen 10 RM je Tag.

„Haus Lahnberg" Bahnstation und Post Nassau (Lahn). Christl. Erholungsheim, auch für Jugendliche und Kinder. 16 Morgen Wald u. Park, Liegekuren, med. Bäder, Flußbad, Wasser- u. Tennissport, Wanderungen an Lahn und Rhein, Nähe Bad Ems, Braubach, Koblenz. Prospekte durch die Hausverwaltung.

Cuxhaven, das Nordseebad am Großschiffahrtswege. **Kurhospiz.** Modernes Familienhotel, in nächst. Nähe des Strandes. Behagliches Wohnen, fließendes Wasser kalt und warm. Anerkannt gute Küche. Das ganze Jahr geöffnet. Pension von M. 6.50 an. Zimmer von M. 3.— per Bett an.

Braunlage (Oberharz) Haus Klavehn 620 m hoch, kl. behagl. Fremdenheim, sonnigste ruh. Lage, unmittelbar am Hochwald mit gr. Liegewiese. Mod. Zimmer, fließ. Wasser, Bad. — Bett 1.75—2.50 Mk., tägl. Pension v. 7.— Mk. an. Vorsaison Ermäßigung.

Bochum. Christl. Hospiz, Humboldstr. 61, am Hauptbahnhof. 56 Zimmer von 2—3 Mk. 1 Bett, 2 Betten das Doppelte. Zentralheizung.

Nordseebad Norderney. Erholungsuchende find. im „Haus Silbermöve" in nächster Nähe des Warm-Wellenschwimmbades, des Kurgartens und des Westbadestrandes jederzeit freundliche Aufnahme und vorzügliche Verpflegung. Pensionspreis: täglich von Mk. 5.— an. Auskunft: Prediger Geiken.

Berlin N 24. Hotel Christl. Hospiz, 75 Zimmer, 120 Betten. Nähe der Bahnhöfe Friedrichstraße, Stettiner und Lehrter. Untergrundbahn Oranienburger To.. Auguststraße 82. Telefon Norden 997.

Die Heilstätte „Elim" bei Herford nimmt Alkoholkranke aller Stände in gewissenhafte Pflege.

Bad Homburg v. d. Höhe. Christl. Hospiz Quellenhof, Kaiser-Friedrich-Promenade 91. Schönste Lage am Kurpark. Kurgemäße Verpflegung. Mäß. Preise. Das ganze Jahr geöffnet.

Melanchthonhaus Marburg a. L. mit seiner reizenden 100 Personen fassenden Kaffee-Terrasse und herrlicher Aussicht. Heim der D. C. S. V. Reitgasse 5. Fernruf Nr. 1. Verwalter Georg Köhler.

Nürnberg, Obstmarkt 5. Fünferplatz. alkoholfreie Gaststätte zur Krone. Kalte und warme Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit.

Darmstadt. Evang. Hospiz „Marthahaus", Stifts-Str. 14. Einzelzimmer mit Frühstück für 2.80 Mk.

Haus Hagental, Gernrode a. Harz, ev. Erholungsheim, mitten im Harzer Tannen- und Buchenwald zwischen Bode- und Selketal an autofreier Straße gelegen, mit Park, Liegehallen, Liegewiesen, Tennisplatz, bequeme Wege, Ruhebänke, gesunder, ruhiger Aufenthalt bei bester Verpflegung und mäßigen Preisen. Keine Kurtaxe.

Hamburg. Christl. Hospiz, Uhlenhorster Hof, Osterbeckstr. 4. Moderne Zimmer, fließ. Wasser. Solide Preise. Ab Hauptbahnh. mit Linie 18 u. 25 bis Haltestelle Schillerstr. Tel. B 2, 5476.

Christl. Hospiz und Erholungsheim Halberstadt, Seydlitzstr. 5, für Durchreisende u. Dauergäste. Mit Straßenbahn 5 Min. v. Bhf. Bett von 2 Mk., Pension von 5 Mk. an. Garten beim Hause, Berge mit Straßenbahn erreichbar. Bad u. Zentralheizung. Fernruf 1299.